

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte in Thüringen

Die **Kleine Anfrage 3841** vom 10. März 2014 hat folgenden Wortlaut:

Laut aktueller Presseberichterstattung (siehe u. a. taz - die tageszeitung vom 2. März 2014¹⁾) stieg die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im vergangenen Jahr bundesweit an. In der benannten Pressemeldung wird u. a. von rassistischen Vorfällen in Thüringen berichtet, so sollen die Scheiben einer Unterkunft in Gerstungen mit Steinen eingeworfen worden sein. Darüber hinaus berichteten diverse Quellen der Fragestellerin von zunehmenden rassistischen Vorkommnissen in Waltershausen. So seien Flüchtlinge verbal sowie teils auch tätlich angegriffen worden. Ebenso hatten am 20. Februar bis zu 70 Personen, unter diesen eindeutige Neonazis und Angehörige eines regionalen NPD-Kreisverbandes und dem Thüringer NPD-Chef auf dem Marktplatz gegen "kriminelle Ausländer" demonstriert. Darüber hinaus kündigen Neonazis für den 22. März eine rassistische Demonstration an. Auch in Jena kommt es seit einigen Wochen zur fremdenfeindlichen Mobilmachung durch das "Freie Netz Jena", u. a. durch Flugblätter und Internetaufrufe. Eine daran angelehnte Kampagne unter dem Namen "Nein zum Heim in Lobeda" erreichte innerhalb weniger Tage in einem sozialen Netzwerk über 1.000 virtuelle Unterstützer. Bereits in meiner Kleinen Anfrage 3534 (vgl. Drucksache 5/7235) war die Beteiligung von Neonazis an Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte Thema (Stand: Anfang Dezember 2013), dort hieß es u. a. auch "Anhaltspunkte hinsichtlich einer konkreten Gefahr für Asylbewerber liegen nicht vor."

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge in Thüringen gab es nach Kenntnis der Landesregierung seit 2009 und welche Ermittlungsverfahren schlossen jeweils mit welchem Ergebnis an (bitte nach Jahresscheiben und Kommune darstellen)?
2. Ist der Landesregierung bekannt, wie viele der in der Antwort zu Frage 1 dargestellten Übergriffe seitens der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden als politisch motivierte Straftaten eingeordnet werden?
3. Sind der Landesregierung die in der Einleitung dargestellten Sachverhalte bzw. weitere zu Waltershausen bekannt und wie bewertet sie diese?
4. Welche Informationen liegen der Landesregierung über die Versammlung und ihren Teilnehmerkreis am 20. Februar 2014 in Waltershausen, zum Vorhandensein einer Versammlungsanmeldung und dem Umgang der Behörden damit vor?
5. In welcher Art und Weise nimmt nach Kenntnissen der Landesregierung die Thüringer NPD Einfluss auf die Aktivitäten gegen Flüchtlinge in Waltershausen?

6. Ist der Landesregierung bekannt, wie viele der in den Antworten zu Frage 1 und 2 gegebenenfalls aufgelisteten Vorfälle durch Personen, die der rechten Szene zugehörig sind, begangen wurden und wenn ja, welcher neonazistischen Gruppierung sind diese zuzurechnen?
7. Wie bewertet die Landesregierung virtuelle Kampagnen wie die in der Vorbemerkung genannte "Nein zum Heim in Lobeda"-Aktion im Internet sowie die damit einhergehenden Flugblatt-Aktionen durch das "FN Jena"?
8. Welche Prognose gibt sie zur Entwicklung dieser Proteste für den Bereich Jena über das Jahr 2014 ab?
9. Welche weiteren Aktivitäten gegen Flüchtlinge oder Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen, die noch nicht Gegenstand der Antwort der Landesregierung in Drucksache 5/7235 sind, wurden der Landesregierung seit Dezember 2013 bekannt (bitte Auflistung nach Datum, Ort, Motto oder Inhalt, Veranstalter, Teilnehmerzahl und gegebenenfalls bekannt gewordenen Straftaten)?
10. Welche Maßnahmen führen Thüringer Sicherheitsbehörden angesichts der in der Vorbemerkung genannten fremdenfeindlichen Aktivitäten zum Schutz der in Thüringen lebenden Flüchtlinge durch?
11. In welcher Weise unterstützt der Freistaat Thüringen die hiesigen Flüchtlingsunterkünfte mit Schutzmaßnahmen und Sicherheitskonzepten vor möglichen Übergriffen wie am 1. Februar 2014 in Gerstungen?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. Juni 2014 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Der Landesregierung sind neun Vorfälle, die einen Bezug zu Flüchtlingsunterkünften im Sinne der Fragestellung aufweisen, bekannt. Diese sind in der Anlage 1 dargestellt.

Da die Bezeichnung "Flüchtling" in der PKS nicht recherchierbar ist, kann die Datenauswertung im Übrigen nur auf Basis des Begriffs "Ausländer" durchgeführt werden. In Ermangelung einer statistischen Erhebung der Übergriffe auf Flüchtlinge musste daher eine manuelle Recherche durchgeführt werden, deren Ergebnis sich der Anlage 2 entnehmen lässt.

Zu 2.:

Die in Frage 1 dargestellten Straftaten wurden zunächst alle als politisch motiviert klassifiziert.

Zu 3.:

Bei dem angesprochenen Ereignis an der Gemeinschaftsunterkunft in Gerstungen hat die Kriminalpolizeiinspektion Gotha zwei getrennte Sachverhalte ermittelt. Die Sachbeschädigung selbst resultiert aus einer Schneeballschlacht der Hausbewohner, in deren Folge ein Fenster eingeworfen wurde.

Weiterhin wurde ein Verstoß gegen § 86a Strafgesetzbuch (StGB) festgestellt. Das Ermittlungsverfahren wurde nach § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt.

Im Bereich Waltershausen erbrachten die durchgeführten Ermittlungen keine Anhaltspunkte zu den Tatverdächtigen oder den beschriebenen Fahrzeugen. Der zur Anzeige gebrachte Sachverhalt des Bespuckens und Beschimpfens von Schulkindern aus Wohnhäusern und Fahrzeugen heraus konnte nicht belegt werden. Das Ermittlungsverfahren wurde nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

Hinsichtlich der in der Einleitung der Kleinen Anfrage angesprochenen Versammlung am 20. Februar 2014 wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Erkenntnisse zur Kundgebung am 22. März 2014 sind in der Antwort zu Frage 9 dargestellt (Anlage 3).

Zu 4.:

Durch eine allgemeine polizeiliche Recherche wurde bekannt, dass über das Internetportal "Facebook" eine Kundgebung für den 20. Februar 2014 in Waltershausen öffentlich angekündigt wurde. Eine versammlungsrechtliche Anmeldung lag nicht vor. Die Kriminalpolizeiinspektion Gotha wies den Veranlasser des Face-

book-Eintrags daher auf die Notwendigkeit einer Versammlungsanmeldung hin. Daraufhin löschte der Ersteller seinen Aufruf wieder.

Im Rahmen der polizeilichen Streifenföätigkeit wurde am 20. Februar 2014, gegen 17:05 Uhr, gleichwohl eine Gruppe von 25 Personen in Waltershausen festgestellt. Unter den Anwesenden befanden sich auch Mitglieder der NPD. Keiner der Versammelten gab sich als Versammlungsleiter zu erkennen.

Um 17:10 Uhr wurden Flyer und Kugelschreiber der NPD im Zusammenhang mit dem Wahlkampf verteilt. Diese Handlungen wurden durch Polizeikräfte untersagt. Die Personenansammlung löste sich gegen 17:35 Uhr eigenständig auf.

Zu 5.:

Die NPD versucht, bestehende Konflikte zu ihren Gunsten zu instrumentalisieren. Bisher ist nicht erkennbar, dass die Partei dort maßgeblichen Einfluss hat. Vielmehr scheint sie sich als "Trittbrettfahrer" zu betätigen.

Die NPD versucht sich im Wahlkampf als "Kümmerpartei" darzustellen, die sich als einzige Partei der Sorgen der Bürger annehme. Wie schon in anderen Fällen ist sie bemüht, tatsächliche und empfundene Ängste als Einfallstor ihrer rassistischen Ideologie zu nutzen.

Zu 6.:

Nach den vorliegenden Informationen sind insgesamt vier Tatverdächtige durch Politisch motivierte Kriminalität - Rechts in Erscheinung getreten.

Zu 7.:

Aktuell werden Vorbehalte im Zusammenhang mit der Einrichtung von Asylbewerberunterkünften aufgegriffen und ein angeblicher Konsens suggeriert, was auch durch die Gründung so genannter Bürgerinitiativen untermauert wird (vgl. auch Kleine Anfrage 3534). Diese geben sich betont bürgerlich und wirken so auf den ersten Blick politisch neutral. Sie geben vor, die Ängste und Sorgen der Bürger aufzugreifen. Auch das FN Jena reiht sich unter dem Motto "Nein zum Heim in Lobeda" in diese Vorgehensweise ein.

In Thüringen handelt es sich hier um lokal organisierte Agitationen, die in der Qualität und Quantität zu den jeweiligen organisatorischen Möglichkeiten der regionalen rechten Szene im Verhältnis stehen. Der Slogan "Nein zum Heim" wird an verschiedenen Orten genutzt.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Zu 8.:

Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

Zu 9.:

Auf die Anlage 3 wird verwiesen.

Zu 10.:

Auf die Antwort zu Frage 11 wird verwiesen.

Zu 11.:

Durch die Stabstelle Polizeiliche Extremismusprävention der Landespolizeidirektion werden Erkenntnisse über fremdenfeindliche Aktivitäten analysiert und bewertet. Die sich daraus ergebenden Geföährdungserkenntnisse fließen in die durchzuföührenden Schutzmaßnahmen ein. Diese werden anlassbezogen und auf das jeweilige Schutzobjekt durch die zuständigen Polizeiinspektionen festgelegt und umgesetzt.

Die polizeilichen (Schutz-)Maßnahmen im Sinne der Anfrage unterliegen jedoch einer stetigen fortschreitenden, individuellen Lagebeurteilung. Generell erfolgt ein Informationsaustausch zwischen Polizei, Ausländerbehörde, Mitarbeitern von Flüchtlingsunterkünften sowie eine permanente Einbeziehung betroffener Öffentlichkeit in den Operativdienst.

Zur Absicherung der Gemeinschaftsunterkünfte (GU) sind Pforten- und Bewachungsdienste bei entsprechender Kostenerstattungszusage des Landes vorgesehen.

Geibert
Minister

Anlagen²⁾

Endnote:

¹⁾ <http://www.taz.de/!134080/>

²⁾ Hinweis:

Auf den Abdruck der Anlagen wurde verzichtet. Ein Exemplar mit Anlagen erhielten jeweils die Fraktionen und die Landtagsbibliothek. Des Weiteren können sie im Abgeordneteninformationssystem unter der oben genannten Drucksachennummer sowie im Internet unter der Adresse: www.parldok.thueringen.de eingesehen werden.

Anlage 1

Kleine Anfrage 3841

Beantwortung Frage 1 (1. Teil)

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen

Jahr	Anzahl	Ort/Datum	Sachverhalt	Verfahrensstand
2012	1	Apolda 18.09.2012	Sachbeschädigung - durch unbekannte Täter wurde ein Hammer durch ein verschlossenes Fenster der GU geworfen - Werfen von Blitzknallern	Abgabe Staatsanwaltschaft - Einstellung § 170 II StPO
2013	3	Hildburghausen 13.09.2013	Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten - Bild der Asylunterkunft in Facebook eingestellt u.a. mit dem Kommentar „Warum brennt es noch net?“	noch in Bearbeitung der KPI Suhl
		Arnstadt 21.07.2013	Volksverhetzung/Sachbeschädigung - zwei Täter sangen Lieder mit vermutlich rassistischen Inhalt - Beschädigung Überwachungskamera	1x Verurteilung zu 100 Tagessätzen Geldstrafe wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen 1x Freispruch
		Breitenworbis 28.12.2013	Verstoß Sprengmittelgesetz - zwei Knallkörper wurden in Zufahrt der GU geworfen	Ermittlungen noch nicht abgeschlossen - Entscheidung offen

2014	5	Greiz 01.01.2014	Volksverhetzung, Sachbeschädigung, Verstoß Pressegesetz - unbekannte Täter brachten in der Nähe der Asylbewerberunterkunft Aufkleben mit folgen- dem Inhalt an: „Nicht jeder Asylant ist ein Drogendealer, Dieb oder Gewalttäter . . . doch einer reicht!!! Ein Asylheim gehört nicht in ein Wohngebiet und schon gar nicht neben eine Schule ...“	Einstellung § 170 II StPO
		Breitenworbis 03.01.2014	Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung - durch Heimbewohner des Asylbewerberwohn- heimes wurden mehrere Personen auf dem Gelände des Wohnheimes beobachtet, die in der Folge eine Scheibe einer Haltestelle in der Nähe zerschlugen	Ermittlungen z.Z. nicht abgeschlossen - Entscheidung offen
		Greiz 19.01.2014	Sachbeschädigung, Verstoß Ordnungswidrigkeits- gesetz - an der Rückseite der Asylunterkunft wurde ein Aufkleber mit der Aufschrift „Die deutsche Lin- ke ist volksfeindlich“ u.a. festgestellt	Einstellung § 170 II StPO, bzgl. Ordnungswidrigkeit Entscheidung offen
		Gerstungen 01.02.2014	Sachbeschädigung, Verwendung von Kennzei- chen verfassungswidriger Organisationen - Fensterscheibe wurde eingeworfen; Ermittlun- gen ergaben, dass dies Folge einer Schnee- ballschlacht von Hausbewohnern war - Wachmann hörte eine Person „Sieg Heil“ rufen	Einstellung § 170 II StPO
		Gerstungen 02.02.2014	Sachbeschädigung - durch Wachmann wurde eine zerstörte Fens- terscheibe festgestellt Ermittlung ergaben, dass durch Zimmerbewoh- ner Beschädigung selbst verursacht wurde	Einstellung § 170 II StPO

Anlage 2

Kleine Anfrage 3841

Beantwortung Frage 1 (2. Teil)

Übergriffe auf Flüchtlinge in Thüringen

Jahr	Anzahl	Ort/Datum	Sachverhalt	Verfahrensstand
2009	keine			
2010	2	Arnstadt 06.04.2010	Beleidigung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen - durch eine Person wurde eine Asylbewerberin beschimpft und es wurde der „Hitler Gruß“ gezeigt	Einstellung § 154 StPO
		Gotha 19.05.2010	gefährliche Körperverletzung, Beleidigung - durch zwei Personen wurde ein Asylbewerber tätlich angegriffen und rassistisch beschimpft	1x 1 Jahr Freiheitsstrafe 1x 6 Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung
2011	1	Gotha 11.04.2011	Beleidigung - durch zwei Personen wurde ein Asylbewerber rassistisch beschimpft und verfolgt	1x 7 Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung 1x 1 Jahr Jugendstrafe

2012	1	Erfurt 18.09.2012	Körperverletzung, Sachbeschädigung, Nötigung, Unterschlagung, Diebstahl, Landfriedensbruch - Im Rahmen einer Versammlung vor dem Thüringer Landtag durch „THE VOICE Refugee Forum“ kam es durch Störungen von Personen der rechten Szene - In der Folge kam es zu wechselseitigen Handlungen zwischen Versammlungsteilnehmern und den Störern	10x Einstellung § 170 II StPO 2x Einstellung § 153 I StPO
2013	3	Arnstadt 24.04.2013	Beleidigung - Ein Asylbewerber wurde durch eine Person beleidigt.	Einstellung § 170 II StPO
		Hermsdorf 07.06.2013	Raub/räuberische Erpressung - gegenüber einem Sudanesen	4 Jahre 10 Monate Freiheitsstrafe
		Gotha 20.06.2013	gefährliche Körperverletzung, Beleidigung - Durch drei Personen wurde ein syrischer Asylbewerber beschimpft, gestoßen und mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen.	1x Einstellung nach § 170 II StPO 1x Einstellung nach § 154 StPO 1x Anklage zum Strafrichter
2014	1	Waltershausen 17. und 27.02.2014	Beleidigung Zwei Personen zeigten Kindern von Asylbewerbern aus dem fahrenden Pkw den „Stinkefinger“	Einstellung § 170 II StPO

Anlage 3
Kleine Anfrage 3841

zur Antwort Frage 9

Aktivitäten gegen Flüchtlinge oder Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen

Datum	Ort	Motto oder Inhalt	Teilnehmer
20.02.2014	Waltershausen	Verteilung Flyer „Asylflut stoppen – wir sind nicht das Sozialamt der Welt“	25
20.02.2014	Heilbad Heiligenstadt	Infostand zum Thema: „2014 – Nationale Politik in die Parlamente“ Verteilung von Flyer: „Sicher Leben! Asylflut stoppen“ und Verteilung Zeitschrift „Eichsfeld-Stimme“	3
13.03.2014	Bad Langensalza	Verteilung von Flyer: „Asylflut kommt nun auch bei uns an“	
22.03.2014	Eisenach	NPD-Kundgebung „Kriminelle Ausländer abschieben – Eisenach nicht überfremden“	70